

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Preis: 10 Pf. monatlich 2.00 Mark  
bei 6 Monaten 10.00 Mark  
bei 12 Monaten 18.00 Mark  
Einzelhefte 10 Pf.  
Anzeigenpreis: Die Anzeigenpreise sind für den ersten Tag 1.00 Mark, für den zweiten Tag 0.50 Mark, für den dritten Tag 0.30 Mark, für den vierten Tag 0.20 Mark, für den fünften Tag 0.15 Mark, für den sechsten Tag 0.10 Mark, für den siebten Tag 0.08 Mark, für den achten Tag 0.06 Mark, für den neunten Tag 0.05 Mark, für den zehnten Tag 0.04 Mark, für den elften Tag 0.03 Mark, für den zwölften Tag 0.02 Mark.

Einzelhefte 10 Pf.  
Anzeigenpreis: Die Anzeigenpreise sind für den ersten Tag 1.00 Mark, für den zweiten Tag 0.50 Mark, für den dritten Tag 0.30 Mark, für den vierten Tag 0.20 Mark, für den fünften Tag 0.15 Mark, für den sechsten Tag 0.10 Mark, für den siebten Tag 0.08 Mark, für den achten Tag 0.06 Mark, für den neunten Tag 0.05 Mark, für den zehnten Tag 0.04 Mark, für den elften Tag 0.03 Mark, für den zwölften Tag 0.02 Mark.

Nr. 268 Freitag, den 18. November 1921 16. Jahrgang

### Das Wichtigste vom Tage.

Reichskanzler Dr. Brüning empfing gestern Abend die Vertreter der Industrie, um mit ihnen die Kreditfrage und die Frage der Entlastung der Eisenbahnen zu besprechen.

Der Verbandssekretär Striefler (Zentrum) hat den Ruf als preussischer Wohlfahrtsminister angenommen.

Die neuen Posttarife werden voraussichtlich am 1. Januar 1922 in Kraft treten; die neuen Tarife sollen in Zukunft alle Vierteljahre geprüft werden, um die Notwendigkeit weiterer Erhöhungen herbeizuführen.

Die Völkervertragskonferenz hat von dem Schreiben des österreichischen Gesandten in Paris vom 16. November Kenntnis genommen, durch das die österreichische Regierung sich verpflichtet, den Vertrag von Venedig in der vorgeschriebenen Frist zu ratifizieren.

Beim Einzug des Prinzen von Wales in Bombay kam es zu ersten Unruhen im Eingeborenenviertel, die auf die Agitation englisch-feindlicher Elemente zurückzuführen sind.

### Japan Schweige, Frankreich will reden.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Am die begeisterte Einheitsstimmung, die die ersten Tage der Washingtoner Abrüstungskonferenz so geistlich zur Schau trugen, kommen die ersten Mißnote. Amerika und England sind zwar angeblich ganz einig in dem weitgeschichtlich bedeutsamen Akt der vorzunehmenden Abrüstung, aber der dritte Hauptpartner Japan hält sich in kühnem Schweigen. Die chinesischen Vorschläge der Abrüstung sind nämlich inzwischen von Amerika aufgenommen und sehr wirkungsvoll formuliert worden. Diese Vorschläge verlangen aber von Japan ganz ungeheure Opfer: Aufhebung des englisch-japanischen Bündnisses, Räumung Siam und Sibiriens durch Japan, Verzicht Japans auf alle Sonderrechte, die 1917 im Abkommen zwischen Amerika und Japan bezüglich Chinas zustande gekommen sind, Aufhebung der englischen, japanischen und französischen Einflüsse in China und Schließung aller Befestigungen auf den Inseln des Stillen Ozeans, die zu Japans Herrschaftsbereich gehören. Japan will Amerika großmütig seine Befestigungen auf den Philippinen und im Stillen Ozean aufgeben. Man steht auf dem allen, welche starken Zumutungen die amerikanische Politik an Japan stellt. Einheiten schwört Japan noch in den offiziellen Konferenzsitzungen. Aber aus einer mitleidigen Privatäußerung des Admirals Kato geht doch hervor, daß es nicht genügt ist, sich widerspruchslos hinkriegen und von den beiden konkurrierenden Seemächten an die Wand drücken zu lassen. Man möchte uns, so erklärte Kato, in den östlichen Teil des Stillen Ozeans zurückdrängen. Sei es. Aber wir werden uns nun in Zukunft unsere ganze Freiheit bewahren. Wenn wir von der englischen Allianz befreit sind und einem großen Block gegenüberstehen, so sind wir bereit, einen Block aller gelben Völker zu bilden. Selbst wenn diese Äußerung des japanischen Admirals nicht wörtlich so oder überhaupt nicht getan worden sein sollte, gibt sie jedenfalls die naturgemäße Stimmung der Japaner wieder, die das gemeinsame Zusammengehen Amerikas und Englands gegen das Reich des Mikado ausbleiben muß. Ueberflüssig zu sagen, daß das nicht von vornherein vorausgesehen gewesen wäre. Worauf es Amerika und England vor allem ankommt, ist die Isolierung Japans unter gleichzeitiger starker Betonung der amerikanisch-englischen Friedensliebe und Abrüstungselendigkeit. Fragt sich nur, ob Japan das Spiel nicht längst durchschaut und Ueberraschungen vorbereitet hat, die den Schwanz der Welken gegen die Gelben wieder durchkreuzen. Darüber wird man wohl nächste Woche näheres erfahren, wenn die nächste Volltagung des asiatischen Komitees stattfindet.

Während die Abrüstung zur See die Gemüter noch hochgradig beschäftigt, wird auch die Abrüstung zu Lande in diesen Tagen schon zur Sprache kommen. Frankreich hat das Bedürfnis, den Washingtoner Verhandlungen nicht als Zuschauer, sondern als tätiger Teilnehmer beizuwohnen. Irland wird sprechen. Was es sagen will, hat es durch dienstwärtige amerikanische Setzungen schon im voraus bekanntgegeben. Natürlich wird es die Bereitwilligkeit Frankreichs zur Abrüstung

energisch betonen. Natürlich, denn unter den nach Washington gekehrten Staatsmännern gibt es keinen, der vor der Welt das Oblivium auf sich nehmen wollte, etwa Gegner der Abrüstung zu sein. Am allerwenigsten Irland. Frankreich steht ja ohnedies in Amerika im Geruch, daß es Militarismus und Imperialismus in einer Weise treibe, die beispiellos dastehe und selbst das verruchte preussische System früherer Zeiten übertriffe. Also ist es selbstverständlich, daß sich der Vertreter Frankreichs so friedliebend und abrüstungsfreudig wie nur möglich geben wird. Aber natürlich wird Briand auch darauf, daß das böse Deutschland mit seiner großen Volkszahl und mit seinen verwandelungsfähigen alten Generalen und Allduifchen Frankreich nicht so stark abzurufen gestatte, wie es gern möchte. Und er wird weiter darauf, daß der bei Friedensschluß geplante Garantievertrag zwischen Frankreich, England und Amerika die großen Abrüstungsansgaben Frankreichs gewiß verhindert hätte, wenn er wirklich zu Stande gekommen wäre. Da er aber nicht zu Stande kam, so sei das arme Frankreich gezwungen, seine ungeheure Truppenmacht zum Schutz seiner ungenügend gesicherten Grenzen gegen das angriffslustige Deutschland beizubehalten. Der Abrüstungskongreß möge diese Notlage des friedliebenden Frankreichs einsehen und — nun kommt die Hauptfrage — in aller Form anerkennen, daß die Sicherheit Frankreichs die Erhaltung seiner Armes in ihrer jetzigen Stärke erfordere. Mit anderen Worten: Frankreich will ausgerechnet die Abrüstungskonferenz benutzen, um die Billigung der großen Weltmächte für seine ungeheure Rüstung zu Lande ausgesprochen zu bekommen. Ein feiner Plan! Wenn er Briand, der nächsten Montag in öffentlicher Sitzung den französischen Standpunkt darlegen will, gelingt, so kann er hochbefriedigt die Heimreise nach Paris Ende nächster Woche antreten. Deutschland aber hat gerade an diesem Punkt der Konferenzverhandlungen in Washington unmittelsbarstes Interesse. Seine Aufmerksamkeit darf deshalb durch noch so wichtige innerpolitische Vorgänge der nächsten Tage nicht von der Beobachtung Frankreichs auf der Washingtoner Konferenz abgelenkt werden.

### Deutscher Reichstag.

Die finanzielle Ernährungslage des Reichs.

Nach mehrtägiger Pause setzte der Reichstag gestern die neulich abgebrochene Interpellationsdebatte über die Preissteigerung und die Folgen der allgemeinen Teuerung fort. Zunächst wurde die Verantwortung einer Reihe neuer Interpellationen der Rechten, darunter z. B. über die Rationierung des Weizenbrotts, ohne vorherige Zustimmung des Reichstags in der vorgeschriebenen Frist zugelegt. Darauf wird die Vorlage über die Abänderung der Bekanntmachung der ausländischen Wertpapiere ohne Debatte in allen drei Lesungen angenommen und das Gesetz über das Verfahren in Versorgungssachen dem Ausschuss für die Kriegsverwundtenangelegenheiten überwiesen. In der Teuerungssache nimmt der Reichstagspräsident Heip die Landwirte gegen die Vorkürfe in Schutz, die gegen sie wegen der Preisbildung erhoben worden sind. Nach ihm rächt sich an uns heute nur die Volkswirtschaft des einstigen Zwangsregimes. Von weit höherer Warte behandelt der Demokrat Treuschmann die Ernährungslage des Reichs, indem er einerseits die Rechts- und Linksradikalen davor warnte, die Not des Volkes parteipolitisch auszunutzen und andererseits in sachlicher und überzeugender Weise die Ursachen der Teuerung aufdeckte, zu deren Bekämpfung er radikallos alle Mittel des Staates angewendet sehen will. Dieser Auffassung ist auch der Reichswirtschaftsminister Schmidt, der indessen ehrlich zugibt, daß etwas anderes als Vorbeugungs- und Milderungsmaßnahmen dem Reich kaum zur Verfügung stehen. Er weist z. B. auf die Erschwerung des Grenzverkehrs zur Verhinderung ausländischer Käufe hin. Weiter bekämpft er die im Ausland noch immer herrschende Auffassung, daß man in Deutschland ganz gut lebe. Als Beispiel führte er den bedeutenden Rückgang des Fleischkonsums im Vieh an, der gegenüber 1913 einen Minderverbrauch bis zu 80 Prozent aufweist. Der Reichsernährungsminister Hermes unterzog sich der Aufgabe, auszuwählen, welche Mehraufwendungen im Reich bei Durchführung der unabhängigen Anträge auf Erhöhung der Weizenration usw. entstehen müßten. Schon jetzt hat die Deckung der verbilligten Ration im laufenden Jahr die Einstellung von 3/4 Milliarden Mark erfordert. Diese Beiträge belegen aber bei der außerordentlichen Entwertung der deutschen Mark natürlich schon heute nicht entfern mehr zu. Die Kosten der Weizenimporte von rund einer Million Tonnen Getreide, die durch den geordneten Mehrebedarf von täglich 60 Gramm erforderlich werden würde, würde sich allein auf 12,9 Milliarden

Mark belaufen. Diese Zahlen bleiben natürlich nicht ohne Eindruck auf das Haus. Nur die Kommunisten blieben selbstverständlich unberührt davon. Remmele zog unbeeindruckt gegen sämtliche anderen Parteien vom Leder. Um 8 Uhr war der Deutschnationale Krüger-Hoppenrade mitten in einer Rede über die Unruhe. Man hatte die Vorstellung, als ob die Diskussion sobald nicht beendet sein würde.

### Sächsischer Landtag.

Das Mißtrauensvotum mit 47 gegen 46 bürgerliche Stimmen abgelehnt.

Die gestrige Landtags-Sitzung begegnete wegen des auf der Tagesordnung stehenden Mißtrauensantrages gegen die Minister Lipinski, Fleißner und Schäfer sehr starkem Interesse, wie aus den überfüllten Tribünen hervorging. Zu dem Antrag sämtlicher bürgerlicher Parteien, den unabhängigen Ministern Lipinski, Fleißner und Schäfer das Mißtrauen des Landtags auszusprechen, sprach als erster Redner Abg. Bauer (Deutschnat.). Dann erhob sich Minister des Innern Lipinski. Er stellte u. a. die Behauptung auf, daß die Mißtrauensanträge in engen Beziehungen zu dem Deutschnationalen gestanden hätten. Weiter äußerten sich Abg. Rietzhammer (D. Sp.) und Abg. Brühl (Soz.). Abg. Dr. Reinhold (Dem.) stellte fest, daß die Regierung sich in den Dienst der Partei gestellt hat die den Umsturz in ihrem Programm enthalten hat. Das Bürgerium sei es müde, sich von einer Regierung, die die demokratischen Grundsätze mißachte, länger verwalten zu lassen. Seine Partei erstrebe eine Koalition auf breiterer Grundlage. Weil die Unabhängigen das Hindernis für eine Einigung aller Beteiligungsgruppen bilden, deshalb müsse seine Partei den unabhängigen Ministern ihr Vertrauen entziehen. Nach Ausführungen der Abgeordneten Siemer (Kom.) und Heffert (Zentr.) verteidigte Ministerpräsident Kueck das Verbot des Vortrags Admirals Brüninghaus in Dresden mit dem Hinweis, daß in Zeiten der Trauer um Obersachsen solche Reden nicht angebracht gewesen seien. Bei der nun folgenden Abstimmung wurde das Mißtrauensvotum mit 47 sozialistischen und kommunistischen gegen 46 bürgerliche Stimmen abgelehnt. Die beiden sozialistischen Minister Fleißner und Heide eilten von ihren Ministersesteln auf die Abgeordnetenbank, um durch ihre Abstimmung das Mißtrauensvotum mit zur Ablehnung zu bringen.

Hierauf wurde die Änderung des Gesetzes über das höhere Mädchenschulwesen beraten, und die Vorlage, die den Abbau der untersten Klasse und die Einführung von 6 Klassen für die höhere Mädchenschule vorsieht, in sofortiger Schlussberatung angenommen. Weiter folgte die Besprechung der Erklärungen, die die Abg. Banger (D. Sp.) und Börner (Deutschnat.) in der letzten Sitzung des Landtags zu den Enthüllungen des Ministers Lipinski abgegeben haben. Abg. Banger wiederholte, daß energische Stellung genommen werden müsse gegen das Vorgehen des Ministers Lipinski, das ganz ungenügend war, und eine neue Gefährdung der Reichsinteressen gerade in der Zeit, da die Entente gegen die Deutschen Werke geradezu drückend vorging. Minister Lipinski versuchte die Feststellungen des Vorgesetzten zu entkräften und sich von dem Vorwurf zu befreien, daß er mit seinen Enthüllungen die Reichsinteressen verletzt habe. Justizminister Fleißner verlas eine Erklärung, in der er bestritt, daß die Lipinskschen Enthüllungen auf Mitteilungen des Staatsanwalts Dr. Usmus zurückzuführen seien. Abg. Börner (Deutschnat.) stellte fest, daß es dem Minister Lipinski in keinem Punkt gelungen sei, den Gegenbeweis gegen die in den Erörterungen der beiden bürgerlichen Parteien enthaltenen Tatsachen zu führen. Die ganze Tätigkeit Lipinski sei nichts anderes als leichtfertige Wahlarbeit gewesen. Abg. Dr. Heffert (Dem.) erklärte, daß seine Partei Geheimorganisationsverfahren verwerfe. Wenn sie an dem Willkürgefühl der Regierung nicht zweifle, so halte sie es doch für bedenklich, daß die Regierung auf einzelne Gruppen stütze, die den Umsturz der Verfassung fordern. In Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit — die Aussprache über die Erklärungen hat sich schon bis 7 Uhr ausgebreitet — wurde die Beratung einiger Punkte von der Tagesordnung abgesetzt. Die Erörterungen über die Erklärungen ging dann außerordentlich in die Breite, so daß sich das Haus immer mehr und mehr leerte, und in der achten Abendstunde Minister Lipinski zum sechsten Mal vor fast leeren Rängen sprach. Nachdem Abg. Reinhold (Dem.) es als ein starkes Stück bezeichnet hatte, daß Minister Lipinski jede Ausführungen eines Abgeordneten zu einer Wahlrede der U. S. D. benutze, wurden schließlich die Besprechungen beendet. Zum Schluß begründete Abg. Dr.

nia  
ember  
rgartens  
ligen  
unde und  
Belondere  
rhand.  
halt  
7.)  
findet  
es  
ten  
e, Ehren-  
einladen.  
gestraut  
str. 8.  
ernrat.  
nde.  
findenden  
zu dem  
ergeb.  
er!  
u.